

Auslandspreise	Einzelnumm.	vierteljähr.
Argentinien	Pos. 0.30	Pos. 3.60
Belgien	Frs. 2.-	Frs. 24.-
Bulgarien	Lew. 8.-	Lew. 96.-
Dänzig	Guld. 0.30	Guld. 3.60
Deutschland	Mk. 0.25	Mk. 3.-
Estland	E.Kr. 0.22	E.Kr. 2.64
Finnland	Fmk. 4.-	Fmk. 48.-
Frankreich	Frs. 1.50	Frs. 18.-
Großbritannien	sh. 4.-	sh. 48.-
Holland	Gld. 0.15	Gld. 1.80
Italien	Lir. 1.10	Lir. 13.20
Jugoslawien	Din. 4.50	Din. 54.-
Lettland	Lat. 0.30	Lat. 3.60

Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Bezugspreis im Quartal
(im Ausland Kc 24.-) Kc 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm.	vierteljähr.
Litauen	Lit. 0.55	Lit. 6.60
Luxemburg	B. Frs. 2.-	B. Frs. 24.-
Norwegen	Kr. 0.35	Kr. 4.20
Oesterreich	Sch. 0.40	Schill. 4.80
Polen	Zloty 1.50	Zloty 18.-
Portugal	Esc. 2.-	Esc. 24.-
Rumänien	Lei. 10.-	Lei. 120.-
Saargebiet	F.Fr. 1.50	F. Fr. 18.-
Schweden	Kr. 0.35	Kr. 4.20
Schweiz	Frs. 0.30	Frs. 3.60
Spanien	Pes. 0.70	Pes. 8.40
Ungarn	Pengö 0.35	Pengö 4.20
USA	Dollar 0.08	Dollar 0.96

Fünf Galgen - wer wird gehängt?

Torgler oder Hitler? — Was sagt der Oberreichsanwalt?

Die Anklage gegen Torgler und Genossen lautet nicht nur auf Brandstiftung, sondern auch auf Hochverrat. Hochverrat begeht man dadurch, daß man eine Verfassung gewaltsam umzustürzen versucht. Welche Verfassung hat Torgler umzustürzen versucht, und was ist aus dieser Verfassung seitdem geworden?

Torgler wurde am 28. Februar verhaftet, als er in das Polizeipräsidium gegangen war, um den Beamten die Unsinnigkeit der gegen ihn erhobenen Brandbeschuldigung klar zu machen. Seine umstürzlerische Tätigkeit kann sich also nur gegen die Verfassung gerichtet haben, die damals noch in Kraft war — und das ist die Verfassung von Weimar.

Hitler war damals seit vier Wochen Reichskanzler. Er war dazu vom Reichspräsidenten — der nach den Vorschriften des Art. 41 vom ganzen deutschen Volke gewählt war und der, wie Art. 42 verlangt, die Verfassung beschworen hatte — auf Grund Art. 53 derselben Verfassung zum Reichskanzler ernannt worden und hatte gleichfalls die Verfassung beschworen. Der Reichstag war nach Art. 25 aufgelöst, die Neuwahl war im Sinne desselben Verfassungsartikels eingeleitet. Unter Berufung auf Art. 48 der Verfassung waren außerordentliche Maßnahmen, die angeblich dem Schutz der verfassungs- und gesetzmäßigen Ordnung dienen sollten, verfügt. Nachher wurde sogar auch noch wirklich ein Reichstag gewählt, der bis zum 17. Mai funktionierte.

Es kann also nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß die Verfassung, gegen die sich der gewaltsame Umsturzversuch Torglers gerichtet haben soll, die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 war, die Verfassung von Weimar. Weil Torgler diese Verfassung umzustürzen versuchte — die Brandstiftung im Reichstag soll ja nur ein Mittel dazu gewesen sein — darum steht Torgler jetzt vor dem Reichsgericht und darum hat Hitler für ihn und seine Mitbeschuldigten in öffentlicher Rede den Tod am Galgen verlangt.

Torgler soll gehängt werden, weil er versucht haben soll, was Hitler getan hat, weil er geplant haben soll, was Hitler ausgeführt hat, weil er eine Verfassung zerstören wollte, die seitdem von Hitler und seinen Spießgesellen bis auf den letzten Rest vernichtet worden ist!

Am 15. September hat der preußische Ministerpräsident Göring, höchst feierlich auf einem Thronsessel Friedrich des Großen sitzend, den von ihm selbst erfundenen Preußischen Staatsrat eröffnet. Die Sitzung wurde wieder geschlossen, ohne daß jemand anderer zu Wort gekommen wäre als Göring selbst. Schweigend nahmen die preußischen Granden die Feststellung entgegen, daß sie nichts zu beschließen hätten, da die Autorität von oben komme und ganz oben wären nicht sie, sondern Er. Auch der gewissenhafteste Erforscher des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes — wird keine andere Funktion der neuen preußischen Staatsräte erblicken können als die, an jedem Monatsersten 1000 Mark in Empfang zu nehmen, deren Genuß sie,

wie ihre Ernennung selbst, einzig und allein der Gnade des Selbstherrschers aller Preußen verdanken.

Göring hat dem „korrupten Parlamentarismus“, dem „furchtbaren System der Vergangenheit“ die Grabrede gehalten. Es gibt keinen Reichstag und es gibt keinen Preußischen Landtag mehr! (Warum sollte da van der Lubbe den Sitzungssaal des Reichstages nicht anzünden, wenn man ihn doch nicht mehr brauchte?) Aber etwas von dem korrupten Parlamentarismus und dem furchtbaren System der Vergangenheit ist doch noch übrig geblieben. Das sind die Freifahrkarten und die 600 Mark Monatsdiäten der nationalsozialistischen und gleichgeschalteten Abgeordneten. Die furchtbare Zeit, in der man für das Geld auch etwas tun mußte, ist vorbei; heute bekommt man es für das Nichtstun und die vorschrittmäßige Gesinnung.

Nachdem Hitler schon vor Wochen die Revolution für beendet erklärt hat, müßte man eigentlich annehmen, daß an die Stelle der alten durch Gewalt, Eid- und Treubruch umgestürzten Verfassung eine neue getreten sei. Daß dies nicht der Fall ist, hörten wir jetzt von Göring selbst. Der sprach am 15. September:

Wir stehen heute an diesem Wendepunkt des Staatslebens. Die nationalsozialistische Staatsverfassung, die in diesem Staatsrat zum Ausdruck kommt, gilt heute nicht nur in Preußen, sie wird hinausstrahlen in das ganze Reich. Sie ist

der erste Versuch, zu beweisen und zu zeigen, daß dieses System der Arbeit das richtige ist.

Deshalb dürfen wir vom Wendepunkt des

Staatslebens sprechen, dürfen davon reden, daß hier ein Grundstein nationalsozialistischer Staatsverfassung in Preußen und damit auch im Reiche gelegt wird. Denn wir sehen die letzte und größte Bedeutung des heutigen Tages darin, daß mit der Schaffung des neuen Staatsrates in Preußen der Grundstein zu einer wahrhaft nationalsozialistischen Staatsverfassung gelegt wird, daß insbesondere an Stelle des Staatsorgans, das aus dem durchaus undeutschen Boden des westlichen Parlamentarismus gewachsen war ein Führergremium gesetzt wird, welches urgermanischem und damit rein nationalsozialistischem Denken und Fühlen entspricht. Wir sind ferner des Glaubens, daß die Auswirkung dieses Ereignisses sich nicht allein auf Preußen beschränken, sondern weit darüber hinaus den Gang der Entwicklung beeinflussen wird überall da, wo nationalsozialistisch gedacht und regiert wird.

Nachdem am 27. Februar das Parlament angezündet und so mit der Vernichtung des Parlamentarismus begonnen worden war, ist das Zerstörungswerk folgerichtig fortgesetzt worden — bis zum 15. September, an dem der preußische Ministerpräsident nach seinen eigenen Worten erst den „Grundstein zu einer wahrhaft nationalsozialistischen Staatsverfassung“ legte, und zwar nicht nur für Preußen, sondern großmütiger Weise auch für das Reich...

Nun aber zurück nach Leipzig! Der Oberreichsanwalt Werner hat schon so viele Hochverratsanklagen gegen Kommunisten vertreten, daß er sämtliche Schuldbeweise aus dem Schlafe hersagen kann. Und es ist ja zweifellos auch wahr

— die Kommunisten selbst haben es nie bestritten — daß die Beseitigung der Verfassung von Weimar mit gewaltsamen Mitteln in der Richtung ihres Programms lag. Zwar haben sie nie einen ernsthaften Angriff unternommen, haben sie sich an Energie und Zielklarheit der verfassungsfeindlichen Absichten von den Nationalsozialisten hundertmal übertreffen lassen, zwar haben sie infolgedessen für ihre eigenen Absichten gar nichts erreicht und nur dem Faschismus den Sieg erleichtert — doch sind das Dinge, für die sie sich vor der Geschichte zu verantworten haben, aber nicht vor dem Reichsgericht in Leipzig.

Denn die Verfassung, deren gewaltsamen Sturz sie nach der Anklage des Oberreichsanwalts geplant haben sollen, besteht nicht mehr. Alle Brandstiftungen, Morde, Festsetzungen, von Geiseln und sonstigen Terrorakte, die geplant zu haben sie der Oberreichsanwalt bezichtigt, haben sie nicht mehr begehen können. Die Nationalsozialisten haben ihnen die Mühe abgenommen. Sie haben brandgestiftet, gemordet, Geiseln festgesetzt und grausamsten Terror ohne Maß und Ziel verübt. Wenn Torgler den Tod am Galgen verdient haben soll, weil er vielleicht daran dachte, später einmal das zu tun, was die Hitler, Göring, Göbbels, Röhm, Heines und Konsorten wirklich taten — welche Todesstrafe müßte dann erst für die Hitler, Göring, Göbbels, Röhm, Heines und Konsorten erfunden werden? Sie zu ersinnen, reicht selbst ihre eigene Henkerphantasie nicht aus!

Ja, und was — was würden erst die Richter verdienen, die auf Befehl Hitlers, die Torgler, Tanefl, Dimitrow und Popow dem Henker ausliefern wollten? Mögen diese Richter wissen, daß hinter der Macht, die sie zu dem Verbrechen des Justizmordes verleiten will, eine andere steht, vor der sie sich noch einmal zu verantworten haben werden! Es kommt ein Tag des Gerichts auch über das Reichsgericht!

Verurteilung oder Freispruch — am Ende des Brandstifterprozesses steht das Todesurteil über das System!

Tod und Zuchthaus!

In Lübeck verurteilte ein sogenanntes Schwurgericht die Reichsbannerkameraden Kaehding und Fick zum Tode. Kaehding wurde in der Zelle erhängt aufgefunden. Selbstmord?

In Bonn erhielten die Sozialdemokraten Klett und Sattler je 12 Jahre Zuchthaus, Schulz 11 Jahre Zuchthaus, Dick 10 Jahre Zuchthaus, Lemmer und Schröder je 8 Jahre Zuchthaus.

Die Verurteilten hatten sich von den braunen Mördern nicht wehrlos abschlagen lassen wollen. Dafür wurden sie mit Tod und Zuchthaus bestraft, während die braunen Mörder nicht nur frei herumlaufen, sondern die fettesten Prüden des Dritten Reiches erhalten.

Die Namen der Richter, die solche Urteile fällen, dürfen nicht vergessen werden. Es kommt der Tag des Gerichts über sie!

Der Despot träumt



„Göring! Göring! In diesem Feuer wirst du verbrennen!“

Neurath lügt für Hitler

Deutschlands Rüstungen und die Welt

Der Außenminister des Dritten Reichs, Herr von Neurath, hat mit seiner Rede vor der ausländischen Presse bewiesen, daß kein Mensch Mitglied der gegenwärtigen deutschen Regierung sein kann, ohne bis auf den Grund seiner Seele zu verschmutzen. Herr von Neurath hat vierzehn Jahre lang dem System, das er jetzt beschimpft, mit Ergebenheit gedient. Heute besitzt er die Unverfrorenheit, von Leuten zu sprechen, „die einem Deutschland nachtrauern, in dem sie sich auf Kosten des Volkswohles zu Einfluß bringen konnten.“

Herr von Neurath hat noch unter den Regierungen Papen und Schleicher im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags gemeinsam mit uns gegen den verderblichen Wahnsinn der Habicht und Rosenberg gekämpft.

Er hat sich dabei in Übereinstimmung mit allen höheren Beamten seines Amtes befunden. Heute stellt er sich hin und erzählt den Vertretern der ausländischen Presse, daß die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich für die „Grundsätze wahrer Demokratie“ kämpfe und daß die Reichsregierung — die ihre Mörder in alle benachbarten Länder schickt — nicht daran denke, sich in die politischen Verhältnisse Oesterreichs einzumischen. Ja, er fordert das Ausland auf, „einzusehen, daß Volksbewegungen nicht durch polizeiliche Maßnahmen unterdrückt werden können“. Die nationalsozialistische Bewegung in Oesterreich hat kaum ein Viertel des österreichischen Volkes hinter sich, sie will drei Viertel des Volkes nach den verbrecherischen Methoden des Dritten Reiches unterdrücken. Und da spricht Neurath von wahrer Demokratie! Die Selbstbeherrschung der Pressevertreter, die ihm ruhig zuhörten, verdient alle Bewunderung.

Neurath sprach weiter von dem „unsinnigen Gerede über die sogenannte Judenfrage“, das schnell verstummen werde, „wenn man erkennt, daß die notwendige Säuberung des öffentlichen Lebens wohl vorübergehend in Einzelfällen persönliche Härten mit sich bringen konnte, daß sie aber doch nur dazu diene, um in Deutschland die Herrschaft von Recht und Gesetz um so unerschütterlicher zu festigen.“ Recht und Gesetz sind also jetzt in Deutschland unerschütterlich gefestigt. Die Welt hat es mit Staunen gehört. Und einem Staatsmann, der ihr solche unsinnige, durch tausend Tatsachen jedes Tages widerlegte Unwahrheiten ins Gesicht schleudert, soll sie noch ein einziges Wort glauben?

Die Weltpresse, ganz besonders die französische, hat sich freilich weniger mit den kleineren Lügen und Unanständigkeiten dieser Ministerrede beschäftigt als mit seiner ziemlich offenerzigen Ankündigung, daß das neue Deutschland den gegenwärtigen Zustand der Rüstungsungleichheit nicht länger ertragen, also, falls die anderen nicht abrüsteten,

ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Vertrages von Versailles

ausrüsten werde. Mit dieser Erklärung des deutschen Außenministers ist eine gewisse Klarheit eingetreten, eine Klarheit, die es eigentlich unmöglich machen sollte, die Emigranten weiter zu beschuldigen, daß sie es wären, die der Welt den Aufrüstungswillen des Dritten Reiches denunzierten. Dieser Aufrüstungswille ist jetzt von der deutschen Regierung selbst in unverschleierte Form zugegeben worden. Er stellt die anderen Staaten Europas und der Welt vor schwierige Entscheidungen.

Die Erkenntnis, daß die Abrüstungskonferenz auch ohne die Erklärung Neuraths eigentlich schon längst tot war, ist allgemein. Die Abrüstungskonferenz wird, wenn sie wieder eröffnet wird, nur noch das Manöverfeld sein, auf dem die Diplomaten zu ganz anderen Zwecken als denen einer allgemeinen Abrüstung manövrieren.

Seit in Deutschland Hitler am Ruder ist, denkt keine Regierung der Welt daran, ihre Rüstungen herabzumindern.

es geschieht vielmehr überall, besonders in den Nachbarländern Deutschlands, das gerade Gegenteil davon: es wird überall

aufgerüstet. Die Frage ist nur noch, ob ein allgemeines Wettüben der Sieger wie der Besiegten des Weltkrieges stattfinden soll, bis als seine unvermeidliche Folge ein neuer Weltbrand ausbricht, oder ob versucht werden wird, unter Berufung auf die bestehenden Verträge diese unheilvolle Bewegung abzustoppen.

Frankreich fühlt sich durch die deutschen Rüstungen am stärksten bedroht. Es bemüht sich, eine möglichst breite Basis zustande zu bringen für eine Aktion, die die deutschen Rüstungen unterbinden soll. Es versucht durch Sondierungen festzustellen, bis zu welchem Grade von Energie eine solche Aktion gesteigert werden kann, ohne daß die Einigkeit derer, die sie unternehmen, gefährdet wird. Dabei denkt es an die anderen Nachbarstaaten Deutschlands, die sich gleichfalls bedroht fühlen, dann ganz besonders an England und die Vereinigten Staaten, seine großen Verbündeten aus dem Weltkrieg, aber auch an Sowjetrußland und sogar an Italien. Es rechnet damit, daß das heutige Deutschland keinen einzigen Freund in der Welt hat — aber eine andere Frage ist, ob alle in Betracht kommenden Regierungen bereit sind, die Aktion gegen die deutschen Rüstungen bis zu einem Punkte zu treiben, an dem der Bestand des nationalsozialistischen Regimes selbst bedroht wäre. Dieser Punkt würde wahrscheinlich dann erreicht sein, wenn die

Auflösung der SA., der SS. und des Stahlhelms gefordert werden würde.

Einstweilen bemüht sich Frankreich durchzusetzen, daß die Rüstungsbeschränkungen für einige Jahre vertagt werden und zuvor schon eine allgemeine

Rüstungskontrolle eingeführt wird. Diese Rüstungskontrolle hätte dann den eigentlichen Zweck, festzustellen, daß Deutschland durch seine Rüstungen den Vertrag von Versailles verletzt hat. Aber es ist wiederum nicht anzunehmen, daß sich die deutsche Regierung ohne den stärksten Druck von außen verstehen könnte, eine solche Kontrolle hinzunehmen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets die Gleichberechtigung Deutschlands auf allen Gebieten gefordert, und sie hat stets gefordert, daß kein Staat aufrüsten, sondern daß alle abrüsten

Schamloser Gewissenszwang

Spende oder Erpressung?

Wer bisher geglaubt hat, die deutsche Sprache einigermaßen zu beherrschen, war in einem unverzeihlichen Irrtum befangen und muß sich von den braunen Reinigern eines Besseren belehren lassen. Setzen wir nicht bisher „Spende“ mit Schenkung gleich? Meinten wir nicht, nur eine freiwillige Gabe sei als Spende zu bezeichnen? Der gleichgeschaltete Sprachgebrauch hat mit dieser Vorstellung aufgeräumt. Eine Meldung der gleichgeschalteten Presse ist überschrieben „Spende der Gastwirte“ und lautet:

Die Reichsleitung des Reichseinheitsverbandes des deutschen Gaststättengewerbes hat, wie einem Schreiben des Bezirksverbandes Erfurt zu entnehmen ist, die Verfügung getroffen, daß sämtliche deutschen Gastwirte, auch die nichtorganisierten, ein Prozent ihres Umsatzes vom 1. bis 31. August an die Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft abzuführen haben. Auf Anordnung

sollen. Sie hat für diese ihre Politik nicht nur die Unterstützung der Sozialistischen Internationale, sondern auch das Verständnis weitester bürgerlicher Kreise in den ehemaligen Siegerländern gefunden. Eine für Deutschland günstige Entwicklung ist durch das sinnlos herausfordernde Treiben der Hitlerregierung jäh unterbrochen worden. Deutschland befindet sich in der denkbar schwierigsten außenpolitischen Lage, und die Schuld daran trägt einzig und allein jene Verbrechergesellschaft, die jetzt vor der Welt für das geknebelte deutsche Volk das Wort führt.

Was aber den Herrn von Neurath betrifft, so mag er sich vielleicht mit Tayllerand trösten, der gleichfalls als Diplomat und Außenminister den verschiedensten Regierungen in Frankreich gedient hat. Tayllerand hatte keinen Charakter, aber Geist. Herr von Neurath hat keinen Charakter und sonst nichts!

der Reichsleitung müssen diejenigen Gastwirte gemeldet werden, die sich weigern, die Spende zu zahlen.

Waren wir nicht überzeugt, bei einer „Kundgebung“ werde durch die Teilnehmer ein Wille kundgegeben? Das ist anders geworden, jetzt wird den Teilnehmern etwas kundgetan, und wehe dem, der mit der Versammlungsleitung nicht einer Meinung ist!

Unter der Spitzmarke „Massenkundgebung der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe“ verfügt der schlesische Verbandsbezirksleiter des deutschen Arbeiterverbandes in der Presse:

„Es hat jeder Arbeitnehmer bei den Gemeindebetrieben, Reichs- und Staatsbetrieben, Reichsbahn und Privateisenbahnen, Reichspost, Straßenbahnen, Verkehrs- und Handelsbetrieben sowie von der Schifffahrt und dem Wasserstraßenbau die Pflicht, zu erscheinen.“

Wenn der Rummel vorbei ist, können die Zeitungen wieder von der „ungehörigen Teilnehmerzahl“ auf die Begeisterung der Massen schließen.

Glaubten wir nicht bisher, eine Erpressung sei eine Erpressung, eine Schamlosigkeit sei eine Schamlosigkeit, wer immer sie begeht? So einfach ist die Sache nicht mehr. Deutsche Zeitungen melden:

„In dem kleinen Bergmannsdorfe Maybach (Saargebiet) wird zur Zeit die Propaganda für den autonomistischen „Generalanzeiger“ mit geradezu zynischer Schamlosigkeit betrieben. Wer das Autonomistenblatt nicht bestellt, erlebt binnen kurzem eine Maßregelung und wird aus der Grube entlassen. Der Gewissenszwang nahm derartige Formen an, daß sich Ende August der katholische Pfarrer des Ortes veranlaßt sah, von der Kanzel herab gegen die Zustände Stellung zu nehmen. Darauf hat die Grubenverwaltung mitgeteilt, daß dem Pfarrer die Verfügung über die Kirche entzogen werde... Sie hat mit diesem unerhörten Vorgehen gezeigt, daß sie offen das erpresserische Vorgehen der Separatisten unterstützt.“

Also: bei einer saarländischen Grubenverwaltung ist's Erpressung, wenn die deutsche Regierung täglich, stündlich zu hunderten Malen das gleiche tut, Zwangsabonnenten für Zeitungen anwerben läßt und jeden, der es wagt, Kritik zu üben, nicht nur aus dem Amt, sondern auch ins Konzentrationslager jagt, so heißt das „Gleichschaltung“ und „nationale Erneuerung“. Wer je deutsch gekonnt hat, kennt sich in diesem babylonischen Sprachwirrwarr nicht aus. Aber die gleichgeschaltete Presse hat erstaunlich schnell begriffen, worauf es ankommt, die braunen Zeitungslakaien drehen sich selber das Wort im Munde um.

Es wird viel gebetet in Berlin

Der „Berliner Herold“ stellt fest: „Wenn man abends durch die Straßen von Berlin geht, entdeckt man, daß in jeder Straße, sechsten Seitenstraße eine fromme Gemeinde ihren Altar hat. Viel Sektien blühen, viel Laienprediger reden gehobene Worte, viel Harmoniumspiel und Choralgesang. Es wird viel gebetet in Berlin.“

Berlin, Berlin — wie haste dir verändert!

»Blut und Geist«

„Wenn man übrigens, was jetzt in Deutschland geschieht, wirklich der „arischen Rasse“ ankleiden müßte, so könnte man ihr nur wünschen, daß sie sich schleunigst mit einer anderen mischt (solern sich noch eine andere mit ihr mischen will)!“ (Konrad Folke über „Blut und Geist“ in der „Neuen Züricher Zeitung.“)

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“ Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Was führte zum Scheitern der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland?

Diese Frage entzündet seit Monaten wieder und wieder die Diskussionen in Deutschland und der Welt. Es ist keine müßige Debatte, — sie soll den Ausgangspunkt für den jetzigen Kampf und den künftigen Sieg bilden.

Diese Frage ist auch eines der Hauptthemen der Broschüre: „Neu beginnen!“, die als Heft II der sozialdemokratischen Schriftenreihe in der nächsten Woche erscheinen wird.

„Neu beginnen!“ — das ist der Sinn dieser revolutionierenden Schrift, die nicht scheut, herbe Kritik am Vergangenen zu üben, und auszusprechen, was viele denken. — Die aber aus Kritik und Ablehnung zu neuen Forderungen kommt, neue Wege weist und neue Ziele aufstellt.

„Neu beginnen!“ ist keine Propagandaschrift im Agitationssinne, sie ist eine Streitschrift, sie faßt die tausend neu auftauchenden Probleme herzhaf an, ringt mit ihnen und tut nicht „abgeklärt“.

Sie wollen doch nicht abseits stehen? Sie wollen doch auch die Auffassungen anderer hören? Bitte — dann bestellen Sie diese Diskussionsschrift.

Schreiben Sie, am besten jetzt gleich, eine Postkarte an „Graphia“, Karlsbad, Kantstraße (das genügt), und fordern Sie „Neu beginnen“ von Miles. Der Preis beträgt K^ö 4.—, der Umfang 64 Seiten.

Pariser Nachklänge

Warum Erziehungsdiktatur?

Von S. Aufhäuser.

Der Artikel der Genossin Oda Olberg über die Pariser Tagung hat starken Widerspruch hervorgerufen und eine Anzahl Genossen zur Polemik veranlaßt. Da es unmöglich ist, alle diese Zuschriften zu bringen, greifen wir die wichtigsten heraus. Die Diskussion wird fortgesetzt.

Genossin Oda Olberg hat in ihrem Aufsatz „Kritik der Kritik“ mancherlei ausgesprochen, worüber keine Meinungsverschiedenheit besteht. Auch sie meint, es hätte nicht der Zweck der Pariser Konferenz sein können, „mit der üblichen Anforderungen Demokratie und Frieden zu verteidigen“, auch sie spricht wiederholt von „ungetaner Arbeit“ in der Vergangenheit. Auch sie analysiert richtig die ökonomischen Kräfteverhältnisse, die den Faschismus begünstigt haben. Ja, meine Aeußerung, „daß man politische Macht nur behalten kann, wenn man entschlossen ist, sie von Anfang an ökonomisch zu fundieren“, bezeichnet sie als „einen goldenen Satz, sie sagt sogar, daß unser revolutionärer Wille in der vergangenen Zeit „zu früh erlahmt sei“ — und doch mündet ihre ganze Unzufriedenheit mit der Pariser Tagung in einer einzigen Anklage gegen diejenigen Genossen, die der revolutionären Situation mit revolutionären Mitteln begegnen wollen! Dabei gibt sie dem von mir gebrauchten Wort „Erziehungsdiktatur“ eine Auslegung, nach der „Diktatur“ nur „Disziplinierung der Massen“ bedeuten könnte, und schließlich bezeichnet sie meinen Gedanken nach dieser willkürlichen und gewaltsamen Auslegung „als die Sünde wider den heiligen Geist“.

Bei einer solchen Betrachtungsweise läge allerdings kein Grund vor, mit der Pariser Konferenz unzufrieden zu sein. Die Pariser Konferenz hat gewiß zu wenig erklärt, aber sie hat weit mehr Klärung gebracht, als ich sie dem Artikel der Genossin Oda Olberg entnehmen kann.

Diese Tagung konnte weder neuen Wein noch neue Schläuche liefern, sondern ihre Aufgabe mußte sein, eine klare Problemstellung herauszuarbeiten, nach der wir unser künftiges Handeln gestalten können. Die ganze Katastrophe ist auch in Paris nicht etwa auf die Schuld von Personen abgeladen worden, und es ist völlig überflüssig, immer wieder zu betonen, daß „auf jeden von uns ein beträchtlich Teil von Schuld käme“, mag er in der Exekutive oder in der Opposition gestanden haben. Worauf wir aber in der Pariser Beratung nicht verzichten konnten, das war die historische Betrachtung, um daraus allerdings für unser Urteil über Möglichkeiten und Grenzen der Anwendbarkeit parlamentarischer Demokratie Folgerungen zu ziehen. Meine Aeußerung über Erziehungsdiktatur ist im Zusammenhang mit diesem historischen Rückblick von 1933 bis 1918 gemacht worden.

Ich habe es abgelehnt, den Faschismus lediglich als Ergebnis von Gewalt anzusehen, sondern versucht, seiner soziologischen Entstehung näher zu kommen. Meine Kritikerin schreibt: „Warum soll auf einmal die ganze Demokratie versagt haben? Weil Hitler mit demokratischen Methoden zur Macht gekommen ist?“ Hitler konnte zum Nutznießer der demokratischen Wahlen werden, weil die deutsche Arbeiterklasse aus einer Reihe von Gründen, nicht zuletzt wegen ihrer Uneinigkeit, ihre im November 1918 gewonnene politische Macht frühzeitig an das demokratische Parlament abgegeben hat. Die ökonomische Fundierung unserer Machtpositionen vom November 1918, d. h. vor allem die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Aufteilung des Großgrundbesitzes usw. konnten nur vollzogen werden, solange eine Diktatur der Volksbeauftragten an der Macht war. In dem Augenblick, in dem wir uns über das demokratische Parlament mit der Bourgeoisie in die Staatsmacht teilten, hatten wir selbst den Weg geebnet, der zur Schwächung, statt zur Stärkung

der ökonomischen Kräfte des deutschen Proletariates führen mußte. Ich habe darauf verwiesen, daß der 20. Juli 1932 jene Illusion zerstört hat, als könnten Aemter in der Staatsverwaltung den Mangel an ökonomischer Kraft ersetzen und wiederholt, daß eine Arbeiterpartei nicht mehr politische Verantwortung im heutigen Staat übernehmen kann, als sie Macht in diesem Staate hat.

Die Hinweise auf den Ausgang des Generalstreikes gegen den Kapp-Putsch 1920 und den Niedergang der Arbeiterbewegung nach dem großen Wahlsieg vom Mai 1928 sollten ebenfalls dazu dienen, aus der Entwicklung seit 1918 Lehren für

kämpfenden Arbeiterschaft in Deutschland zu sagen:

1. Mit welchen Mitteln führen wir den Kampf zur Ueberwindung des Faschismus und wie behaupten wir einmal politisch gewonnene Macht?
2. Was haben wir wirtschaftlich nach einer Machtergreifung an die Stelle des heutigen Regimes zu setzen?

Dazu gehört allerdings eine sachliche Erörterung des Diktaturproblems, denn die deutschen Arbeiter wollen wissen, ob die Diktaturerfahrungen mit Rußland, Italien und jetzt mit Deutschland zur Wiederholung von 1918 führen dürfen, oder ob

Wenn Du

alles tust, was in Deinen Kräften steht, und überall, bei jeder Gelegenheit unter Deinen Freunden, Kollegen und Bekannten, mündlich und schriftlich

Für den Neuen Vorwärts wirbst,

hilfst Du der deutschen Arbeiterschaft in ihrem schweren, opferreichen Kampfe gegen die Barbarei des Faschismus. —

Kämpfst Du gegen Hitler,

denn durch jeden neuen Bezieher werden dem Verlag neue Mittel zugeführt, die für die Finanzierung der gefährlichen Verbreitung des „Neuen Vorwärts“ in Deutschland benötigt werden.

Also wirb!

die Anwendung von Demokratie oder Diktatur zu ziehen.

Es ist ja gar kein Streit über den Wert der Demokratie, und ich habe zu allem Ueberfluß die soziale Demokratie in Paris erneut als die vornehmste Form für das Zusammenleben der Menschen bezeichnet. Es war auch kein Zweifel, daß in den demokratischen Ländern die Demokratie zu verteidigen ist, aber die Pariser Entschließung sagt mit Recht, „daß dort, wo die Bourgeoisie den Boden der Demokratie verlassen, sich dem Faschismus in die Arme geworfen hat und der Arbeiterklasse die demokratischen Kampfmittel entrissen hat, kein anderer Weg zur Befreiung führt, als der des revolutionären Kampfes.“ Wenn über diese allgemeine Deduktion hinaus einige von uns versuchen, den Begriff der Diktatur zu konkretisieren, dann ist das trotz aller Heftigkeit in der Ausdrucksweise von Oda Olberg doch etwas mehr, als „Fusel der revolutionären Geste“ oder nur „Papiernes“.

Schließlich könnte die Pariser Konferenz nur den Sinn haben, der heroisch

wir den Willen zur proletarischen Diktatur haben. Wenn eine proletarische Diktatur als „Rückkehr zum Faustrecht, Zerfaserung des Rechtsgewebes und Gesetzlosigkeit“ bezeichnet wird, dann ist allerdings die sachliche Diskussion erschwert.

Es ist schon ungewöhnlich, die faschistische und die bolschewistische Diktatur mechanisch einander gleichzusetzen. Denn für Sozialisten sollte es immerhin von Bedeutung sein, ob die Staatsgewalt von Beauftragten der kapitalistischen Wirtschaft oder der Arbeiterklasse ausgeht. Es ist aber auch gegenüber den Verfechtern revolutionärer Machtbehauptung eine reine Unterstellung, zu behaupten, daß für sie der Diktaturgedanke gar „nichts Festumrissenes ist, sondern nur ein Tummelplatz, sich wenigstens in Gedanken auszutoben.“ Ja, Oda Olberg belehrt uns sogar, daß wir das meinen, „womit der Faschismus gesiegt hat“.

Nein, die Diktatur im Faschismus ist prinzipiell Minderheitsherrschaft, also dauernd, und für die Bourgeoisie als Minderheit ist die Gewalt ein notwendiger Bestandteil. Wenn in Rußland der Bolsche-

Eintopfgericht — mehr nicht!



„Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Darum wollen wir den Kaviar und das Himbeereis aus einem Topf fressen! Heil Goebbels!“

wismus dazu neigt, die Diktatur als Dauerzustand zu etablieren, so sollen wir dagegen ankämpfen, aber wir sollten nicht jedem Gedanken an eine sozialistische Diktatur das bolschewistische Schreckgespenst entgegensetzen.

Wenn ich den Begriff Erziehungsdiktatur gebraucht habe, so liegt darin bereits eine Befristung, wobei ich allerdings vermieden habe, irgend welche bestimmte Dauer zu prophezeien, denn in einem Stadium des akuten Ringens zwischen Sozialismus und Kapitalismus lassen sich auch die verschiedenen Kampfmethoden nicht mehr kalendermäßig begrenzen.

Es ist auch nicht wahr, daß Erziehungsdiktatur die „Disziplinierung“ der Arbeitermassen bedeutet. Das bedeutet die faschistische Diktatur. Eine sozialistische Diktatur ist doch schließlich das Gegenteil von Unterdrückung der Arbeiter, sie dient vielmehr der Behauptung von gewonnener Macht der Arbeiterklasse. Erzieherisch wird sie auf die Bourgeoisie, nicht auf die Arbeiterklasse zu wirken haben. Es klingt sehr schön, wenn Oda Olberg sagt: „Sinn und Inhalt der Erziehung ist Selbstbestimmung“. Wenn wir im Stadium eines aufs höchste zugespitzten Ringens der Klassen Schule und Presse der demokratisch-parlamentarischen Selbstbestimmung zu überlassen bereit sind, so machen wir aus lauter Scheu vor Diktatur die Demokratie zur Waffe für die Gegner. Und wenn man zugibt, daß die „geistige Anfälligkeit der von uns nicht erfaßten Masse“, d. h. der Mittelschichten, von entscheidender politischer Bedeutung ist, dann scheint mir die Erziehungsdiktatur geradezu eine Voraussetzung für den sichtbar sozialistischen Anschauungsunterricht zu sein, den wir bisher versäumt haben.

Die früher politisch indifferenten Mittelschichten haben in Deutschland infolge einer verfrüht eingeführten parlamentarischen Demokratie die Sozialdemokratie überhaupt nur als Bundesgenossen des Bürgertums kennengelernt und sie für die Sünden des Kapitalismus verantwortlich gemacht. Die politische Erziehung dieser Schichten muß das Ziel haben, die materielle Unzufriedenheit, die diese rebellierenden Massen erfüllt, in sozialistischen Willen umzusetzen.

Oda Olberg fragt: „Sollen die Arbeiter und die Deklassierten gar keinen Hoffnungsstrahl haben, nichts, was sie über den Alltag hinaushebt?“

Jawohl, sie müssen Hoffnung haben und der Tageserfolg parlamentarisch-demokratischer Politik reicht nicht mehr aus, weil der Kapitalismus sich in einer Krise des Systems befindet und seine eigenen Heilmittel versagen. Das Ringen um den Sozialismus aus dem Stadium theoretischer Erörterung in das des Ringens um konstruktive Verwirklichung gerückt.

Jetzt ist die große, betreibende Tat endlich vollbracht, denn einzig der Kartoffelsalat gibt dem totalen, dem neudeutschen Staat Anseh'n und Macht.

Alle vier Wochen übt jeder Verzicht, das walte Gott!
Selbst Thyssens essen des Mittags ganz schlicht
ein gleichgeschaltetes Eintopfgericht ohne Kompott.

Auch Göring hungert, der arme Tropf und spart sein Geld —
Vierzig Zimmer und nur ein Topf.
Ganz Deutschland steht vor Bogeisterung Kopf:
seht, welch ein Held!

Am Abend ist alles wieder wie's war, wer hat, der hat,
wer nichts hat, gilt als rote Gefahr,
doch das Erlebnis war wunderbar.
Herr Goebbels findet:
Hunger macht satt. Munin.

